

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network

[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 95 / 10. 02. 2006**

#### **CHEMIKALIEN - Kosmetikrohstoffe**

Rund 110.000 Tonnen Rohstoffe für die Kosmetik stellt Degussa jedes Jahr her. Der größte Teil sind Spezialitäten, die schon in kleinen Mengen eine besondere Wirkung entfalten. Kein Wunder also, wenn das Unternehmen dieses Anwendungsfeld mit großem Einsatz "beackert". Marktdaten rechtfertigen diesen Aufwand: **So werden weltweit mit dekorativer Kosmetik etwa 24 Milliarden Dollar umgesetzt**, was Innovationen beflügelt und kurze Produktzyklen generiert. Wer "hip" sein will, sollte also alle paar Monate den Lippenstift wechseln - die Auswahl ist allemal groß genug. Degussa Spezialitäten werden dazu beitragen, dass das auch in Zukunft so bleibt. <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=663447&action=bigpic&att=38673&firmaid=18754&keygroup=bild>

=====

#### **CHEMIKALIEN - Druckchemikalie ITX**

##### **Verpackungsindustrie und Seehofer stehen sich aus der Verantwortung Deutsche Umwelthilfe berichtet über neue Spitzenbelastungen weiterer Fruchtsaftgetränke in Kartonverpackungen**

Bei den im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe e. V. (DUH) fortgesetzten Untersuchungen von Frucht- und Gemüsesäften auf die Druckchemikalie ITX sind weitere Produkte mit erneut höheren Spitzenbelastungen entdeckt worden. Unterdessen verstärkt der Verpackungshersteller Tetrapak als einer der Hauptverantwortlichen seine Bemühungen, die finanziellen Folgen der ITX-Misere an Getränkeabfüller und Handel abzuwälzen. Die andauernde Untätigkeit von Verbraucherschutzminister Seehofer ist nach Informationen der DUH Folge einer an Kumpanei grenzenden Zusammenarbeit seines Hauses mit der Industrie, die nun ein entschlossenes Handeln des Mini-steriums im Sinne eines vorsorgenden Verbraucherschutzes behindert. Anlässlich der Pressekonferenz wird Ihnen die DUH neben den neuen Analyseergebnissen aktuelle Hintergründe der schleppenden Behördenreaktionen präsentieren. Ziel ist es nach wie vor, mit ITX belastete Fruchtsaftgetränke möglichst rasch und vollständig aus dem Handel zu verbannen. Wir laden herzlich ein zu unserer Pressekonferenz.

Originaltext: Deutsche Umwelthilfe e.V.

URL steht nicht mehr zur Verfügung

Für Rückfragen: Jürgen Resch, Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH), Hackescher Markt 4, 10178 Berlin, Tel.: 030/ 25 89 86-0 Tel.: 0171/ 3649170, E-Mail: [resch@duh.de](mailto:resch@duh.de)

=====

#### **ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG**

##### **Bundesweites Mobilfunk Netzwerk entsteht**

Ziel des Netzwerkes ist es, den Informationsaustausch unter den bestehenden Initiativen zu verbessern, den Aufbau neuer Initiativen zu fördern und die Voraussetzungen für überregionales Handeln zu schaffen. Damit wollen wir einen Beitrag zur Stärkung der Mobilfunk-kritischen Bewegung in Deutschland leisten.

Als erste Schritte organisieren wir ein Treffen von Mobilfunk-kritischen Vertretern aus allen Bundesländern im Mai 2006 und rufen zum ersten bundesweiten Aktionstag "Risiko Mobilfunk" am 24. Juni 2006 auf.

Auf der Homepage des Netzwerkes [www.netzwerk-risiko-mobilfunk.de](http://www.netzwerk-risiko-mobilfunk.de) befindet sich, neben

weiteren Informationen zum Netzwerk, eine Übersicht mit den Ansprechpartnern des Netzwerkes in den einzelnen Bundesländern.

Um eine möglichst breite Vernetzung zu erreichen, bitten wir alle Mobilfunk-kritischen Initiativen und interessierten Einzelpersonen, sich bei den Ansprechpartnern in den jeweiligen Bundesländern zu melden. Die Ansprechpartner stehen für Fragen zur Verfügung und werden die Vernetzung in den einzelnen Bundesländern koordinieren.

=====

## **GENMODIFIZIERTES SAATGUT**

### **Bundestag: 07.02.2006 : Kleine Anfrage AKTENEINSICHT BEI ZULASSUNGSVERFAHREN VON GENMAIS THEMATISIERT**

Berlin: (hib/SAS) Welche Position die Bundesregierung im Streit um den Zugang zu Akten vertritt, die im Zusammenhang mit dem Zulassungsverfahren von gentechnisch veränderten Pflanzen eingereicht wurden und für die Risikobewertung der Produkte wesentlich sind, möchten Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage (16/502) wissen.

Sie beziehen sich dabei auf eine Fütterungsstudie mit Tieren, die das Unternehmen Monsanto für das Zulassungsverfahren der gentechnisch veränderten Maissorte MON 863 in Auftrag gegeben habe. Das Unternehmen hätte die Herausgabe der Studie mit dem Hinweis auf Wahrung der Geschäftsinteressen verweigert, heißt es weiter.

Inzwischen hätten namhafte Experten Zweifel angemeldet. Die statistische Auswertung der Versuche in der Studie genügte nicht den notwendigen Standards, da "wesentliche biologische Effekte übersehen" sowie "falsche statistische Methoden angewendet worden seien".

Ob die Regierung entsprechende Fütterungsstudien der Öffentlichkeit zugänglich machen wird und sich mit diesem Ziel auch gegenüber der EU-Kommission für einen generellen Zugang der Öffentlichkeit zu Fütterungs- und Umweltstudien beim EU-Zulassungsverfahren von gentechnisch veränderten Organismen und Produkten einsetzen wird, möchten die Grünen wissen.

\*\*\*

10. Januar 2006

### **30 Organisationen starten Kampagne gegen "Terminator-Technologie" Gentechnisches Verfahren gefährdet weltweite Ernährungssicherheit**

In einer gemeinsamen Kampagne fordern mehr als 30 Organisationen aus dem Umwelt-, Entwicklungs- und Agrarbereich, die so genannte "Terminator-Technologie" weltweit zu ächten. Mit diesem neuen gentechnischen Verfahren wollen Saatgutkonzerne Pflanzen unfruchtbar machen und damit verhindern, dass Landwirte einen Teil ihrer Ernte aufbewahren und im folgenden Jahr als Saatgut verwenden. Bisher wird die Anwendung dieser Technik durch ein Moratorium der Biodiversitätskonvention verhindert, doch dieses ist in Gefahr.

Die Kampagne unter dem Motto "Terminator-Technologie ächten - Freie Saat statt tote Ernte", die heute in Berlin vorgestellt wurde, richtet sich gegen diesen Versuch, die gefährliche Technik hoffähig zu machen. "Terminator-Technologie ist der Kopierschutz für Saatgut: Damit soll verhindert werden, dass weiterhin die überwiegende Mehrheit der Bauern das Saatgut aus der eigenen Ernte gewinnt", sagte Oliver Moldenhauer, Attac-Experte für geistige Eigentumsrechte. Rudolf Buntzel vom Evangelischen Entwicklungsdienst betonte die Gefahr gerade für kleine Landwirte im Süden: "1,4 Milliarden Menschen hängen direkt in ihrem Lebensunterhalt vom eigenen Saatgutnachbau ab. Terminator-Technologie ist lebensvernichtend, denn sie bringt diese Menschen um ihre Ernährungssicherheit."

Georg Janssen von der Arbeitsgemeinschaftliche Landwirtschaft (AbL) warnte: "Entweder können Bäuerinnen und Bauern bestimmen, was sie säen, und damit über die Vielfalt auf den Äckern entscheiden. Oder eine Handvoll multinationaler Saatgut-Unternehmen wird vom Acker bis zum Teller des Verbrauchers bestimmen, was angebaut und gegessen wird." Heike Moldenhauer, Gentechnik-Expertin beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, wies auf die ökologischen Gefahren der Terminator-Technologie hin: "Die genetische Eigenschaft der Samensterilität kann über Pollenflug auf Nachbarfelder oder in Wildpflanzen übertragen werden. Die Folge wären wirtschaftliche Einbußen bei Nutzpflanzen und die Gefährdung von Wildpflanzenpopulationen."

Nachdem eine Expertengruppe im Rahmen der Biodiversitätskonvention zu der Einschätzung gekommen war, dass die Terminator-Technologie nicht nur eine ökologische Katastrophe, sondern auch eine Bedrohung für die Ernährungssicherheit bedeuten kann, wurde ein weltweites Moratorium verhängt. Dieses Moratorium steht in der Gefahr, auf Druck der Regierungen, Neuseelands, Kanadas und Australiens auf der kommenden Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention im März dieses Jahres gekippt zu werden.

Ziel der Kampagne ist es, zunächst möglichst viele Unterstützer für ein gemeinsames Positionspapier zu gewinnen. Darin fordern die unterzeichnenden Organisationen von der Bundesregierung, das Verbot der Terminator-Technologie im deutschen Gentechnik-Gesetz zu verankern. Zudem soll sich die Regierung dem Vorstoß, das internationale Moratorium zu beenden, entgegenstellen und sich stattdessen für eine Stärkung des weltweiten Verbots einsetzen.

### **Aufruf Terminator-Technologie ächten - „Freie Saat statt tote Ernte“**

Hintergründe:

Seit Anfang 2005 ist die Terminator-Technologie wieder ins Blickfeld der internationalen Gentechnik-Debatte gerückt. Mittels Gentechnik werden bei der Terminator-Technologie, von der Saatgutindustrie auch als GURTs (Genetic Use Restriction Technologies) bezeichnet, Pflanzen so verändert, dass die Ernte nicht mehr keimen kann. Damit sollen Bauern gezwungen werden, jedes Jahr aufs Neue Saatgut zu kaufen. Dies stellt einen Angriff auf das Menschenrecht auf Nahrung dar, werden weltweit doch 80 Prozent des eingesetzten Saatguts aus der eigenen Ernte gewonnen.

Wie weit die Entwicklung der Technologie vorangeschritten ist, weiß im Moment außer den beteiligten Unternehmen niemand. Trotzdem wurden schon eine Reihe von Patenten auf die Terminator-Technologie angemeldet und erteilt, unter anderem an die deutsche Firma Bayer Crop Science.

Als 1998 dem amerikanischen Landwirtschaftsministerium und der Firma Delta & Pine Land das erste Terminator-Patent erteilt wurde, stieß dies weltweit auf scharfe Kritik. Die Mitgliedstaaten der Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) empfahlen 1999 ein Moratorium, das den weltweiten Anbau und Freisetzungsversuche von Terminator-Pflanzen vorläufig aufhielt. In einer Untersuchung im Rahmen der Konvention wurde begründet, dass eine solche Technologie nicht nur eine ökologische Katastrophe nach sich ziehen kann, sondern eine Gefährdung für den traditionellen Saatguttausch, die Vielfalt der Nutzpflanzen und damit eine Bedrohung der Ernährungssicherheit bedeutet.

Diese Tatsachen haben sich nicht geändert. Geändert hat sich lediglich die Argumentation der Saatgutindustrie. Seit kurzem bemüht sie sich, diese lebensfeindliche Technologie als wirksamen Schutz vor der Auskreuzung von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO), also als Instrument der biologischen Sicherheit, zu verkaufen und so in internationalen Vertragswerken zu verankern. Das Problem der Auskreuzung von GMO soll nun mit einem weiteren technischen Verfahren – der Terminator-Technologie - bekämpft werden. Dieses Verfahren birgt jedoch eine ganze Reihe von Fehlermöglichkeiten, die durch das komplizierte Zusammenspiel der Gene entsteht, die in die Pflanze geschleust wurden. Terminator-Technologie ist daher kein Mittel zur Verhinderung von Kontamination durch Pollen oder Samen von Gentechnikpflanzen, sondern dient ausschließlich den Konzernen.

Die Regierungen Kanadas, Neuseelands und Australiens versuchen, das Moratorium für die Kommerzialisierung von Terminator-Technologie auf der kommenden Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die Biologische Vielfalt im März 2006 zu kippen. Hiergegen protestieren die unterzeichnenden Organisationen aufs Schärfste.

Die Terminator-Technologie ist eine besonders gefährliche und zynische Form der Agro-Gentechnik. Sie bringt Bauern keinerlei landwirtschaftlichen Nutzen durch höherwertiges Saatgut, sondern zielt allein darauf ab, eine totale Kontrolle über das Saatgut und damit die Kontrolle über die Welternährung zu erlangen. Wer den Saatgut-Markt beherrscht, beherrscht einen Markt, den es immer geben wird:

Menschen müssen essen – es geht bei der Terminator-Technologie um nichts weniger als um die Kontrolle der Lebensgrundlagen.

Deshalb muss die Terminator-Technologie weltweit verboten werden.

Wir fordern...

- die deutschen Vertreter auf der 8. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über Biologische Vielfalt (COP8), die im März in Brasilien zusammentreten wird, auf, sich für eine Beibehaltung und Stärkung des De-facto-Moratoriums für die kommerzielle Nutzung und jegliche Freisetzen mit der Terminator-Technologie einzusetzen und auf ein zeitlich unbegrenztes, weltweites Verbot der Terminator-Technologie im Rahmen der Konvention hinzuwirken.

Wir fordern zudem...

den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf, die Patentierung, Registrierung, Lizenzierung oder jede andere Form der Anerkennung geistiger Eigentumsrechte, die mit dieser Technologie einhergehen, zu verbieten, ein Verbot der Terminator-Technologie im deutschen Gentechnikgesetz zu verankern, Forschungsgelder der öffentlichen Hand nicht für Projekte zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind, die Terminator-Technologie und ihre Entwicklung zu fördern und sich insbesondere im europäischen Kontext auf allen Ebenen für die Umsetzung der hier genannten Forderungen einzusetzen.

Die unterzeichnenden Organisationen sehen in der Entwicklung und Zulassung von Terminator-Technologie einen Angriff auf die weltweite Ernährungssicherheit. Sie stellt eine Form der Aneignung lebenswichtiger Ressourcen dar, die geächtet werden muss!

Für Rückfragen: Sandra Blessin, Tel. 040-392526 oder 0177-97 28 275, [info@freie-saat.de](mailto:info@freie-saat.de)

Die Kampagne "Terminator-Technologie ächten - Freie Saat statt tote Ernte" wird unterstützt von:  
"Kein Patent auf Leben!"

Aktion 3. Welt Saar

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL.)

Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der Ev. Kirche in Deutschland (AGU)

ATTAC

Ausschuss für den Dienst auf dem Lande in der EKD

Bioland

Bonner AK gegen Gentechnologie

Brot für die Welt

BUKO Agrar Koordination

BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG eJ)

Bündnis für die gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen und Hamburg

Bürgerinitiative gentechnikfreies Schleswig-Holstein

Coordination gegen BAYER-Gefahren

Demeter

Dreschflegel e.V.

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

Evangelisches Bildungszentrum Hesselberg

Gen-ethisches Netzwerk

Gentechnikfreie Regionen in Deutschland

NABU

Naturland

Ökomarkt

PAN Germany (Pestizid Aktionsnetzwerk)

Share e.V.

Umweltinstitut München

Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (VEN)

Zukunftsstiftung Landwirtschaft

=====  
**DIAGNOSTIK**

17.01.06

## **Segen für Krebspatienten: PET-Diagnostik jetzt auch in Deutschland positiv beurteilt**

Berlin (ots) - Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat im Dezember 2005 endlich zur Positronen-Emissions-Tomographie (PET) entschieden: Die PET wurde für die Diagnostik des nicht-kleinzelligen Bronchialkarzinoms (Lungenkrebs) erstmals positiv beurteilt. Damit ist die PET als ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich gemäß § 137 c SGB V bestätigt worden. Zu anderen Krebsarten wurde bislang nicht entschieden. Der Beschluss bezieht sich auf die stationäre Versorgung, der ambulante Bereich bleibt noch außen vor.

PET erkennt den Stoffwechsel von Tumorzellen und kann den Krebs damit frühzeitig und präzise lokalisieren. So werden wirksame und maßgeschneiderte Therapien ermöglicht. Auch der Gemeinsame Bundesausschuss hat dies nach Jahren des Zögerns erkannt. Profitieren von dieser Entscheidung können allerdings nur Patienten mit nicht-kleinzelligem Lungenkrebs. Die Erstattung anderer Indikationen, z. B. Brust- oder Leberkrebs, bleibt noch immer Privatversicherten vorbehalten.

Das Votum des G-BA gilt vorerst nur für den stationären Bereich - Untersuchungen mit PET im ambulanten Sektor können somit auch weiterhin nicht über die GKV abgerechnet werden. Dabei belegen Studienergebnisse schon seit langem die Wirtschaftlichkeit dieser Diagnosemethode besonders im ambulanten Gesundheitswesen. Prof. Wolfgang Mohnike, Vorsitzender des PET e.V. und Betreiber eines PET/CT-Gerätes, bestätigt: "Die PET ist für viele Krebsindikationen und vor allem in der ambulanten Untersuchung das Beste, was wir derzeit haben."

Trotz dieses ersten positiven Entscheids bleibt Deutschland im internationalen Vergleich bei der PET-Diagnostik Schlusslicht. Zum Vergleich: In Frankreich wurden kürzlich 40 neue PET(-CT)-Geräte installiert, in England sind weitere 20 geplant. Die sozialen Gesundheitssysteme der europäischen Länder und der USA erstatten diese Untersuchungsmethode seit langem.

Aber auch hierzulande gibt es einen Lichtblick für den ambulanten Bereich: Wie die aktuelle Entwicklung zeigt, sehen sich die Gesetzlichen Krankenkassen zunehmend gezwungen, in Einzelfällen die Kosten einer ambulanten PET-Untersuchung doch zu übernehmen.

Originaltext: Diagnostisch Therapeutisches Zentrum  
Digitale Pressemappe: [http://presseportal.de/URL steht nicht mehr zur Verfuegung./story.htx?firmaid=53520](http://presseportal.de/URL%20steht%20nicht%20mehr%20zur%20Verfuegung./story.htx?firmaid=53520)  
Pressekontakt: Sandra Will, ipse Communication, E-Mail [s.will@ipse.de](mailto:s.will@ipse.de)

=====

## **KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen**

07-102.2006

**Klinische Studien: Erhebliche Mängel bei der Erfassung von Nebenwirkungen** Marburg/Boston - Viele auch große klinische Studien weisen offenbar erhebliche Mängel bei der Ermittlung von Nebenwirkungen auf. Das berichtet eine Arbeitsgruppe um Winfried Rief von der ...  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=16173&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

31.01.2006

**Kopfschmerzen: Bodenbeläge als mögliche Ursache?** Halle (ddp). Der Aufenthalt in der Wohnung wird zur Tortur: Binnen kurzer Zeit tränen die Augen, der Kopf schmerzt. Die Ursache: Schadstoffe in der Raumluft. «Neben Baumaterialien, Farben, Lacken und Einrichtungsgegenständen spielen Bodenbeläge als...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=1&d=32&id=121753>

27. 01.2006

**Schleswig-Holsteins Schulen jetzt rauchfrei** Kiel - Blauer Dunst ist ab Montag an allen öffentlichen Schulen Schleswig-Holsteins tabu. Mit Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2005/06 tritt ein Rauch- und Alkoholverbot in Kraft. ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=16058&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

23.01.2006

**Feinstaub durch Verkehr scheint Herzen zu schaden.** Wer gerade am Straßenverkehr teilnimmt oder in der vergangenen Stunde auf Straßen unterwegs war, hat ein deutlich erhöhtes Risiko für einen Myokardinfarkt. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=388782,4354,/medizin/umweltmedizin>

20.01.2006

**Kindliche Leukämie durch Insektizide im Haushalt?** Villejuif/Frankreich - Die Mütter von Leukämie-Patienten erinnerten sich in einer Studie des französischen Forschungsinstituts INSERM doppelt so häufig an eine frühere Verwendung von ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=22832>

18.01.2006

**Asbestbelastung: Mitarbeiter der Charité betroffen.** Berlin (ddp). Mitarbeiter des Universitätsklinikums Charité wehren sich gegen die Asbestverseuchung ihres Arbeitsplatzes. Im mikrobiologischen Institut auf dem Campus Benjamin Franklin forschen und lehren die Mediziner teilweise an Tischen mit...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=1&d=19&id=121604>

=====  
**RECHT**

**In dem Ordner [www.safer-world.org/d/themen/Recht/Urteile/urteil.htm](http://www.safer-world.org/d/themen/Recht/Urteile/urteil.htm) finden Sie Urteile, bei denen ein Gericht berufliche Chemikalienbelastungen am Arbeitsplatz als Berufskrankheit anerkannte.**

Die Faelle:

- 1) ein erkrankter Lehrer, der durch ein belastetes Schulgebäude krank wurde.
- 2) ein Steuerberater, dessen Arbeitsräume PCP-behandelte Holzflächen enthielten
- 3) ein Landwirt, dessen Umgang mit Pestiziden zu Morbus Parkinson führte.

Ausserdem: ein grundsätzlicher kurzer Artikel von RA Mehrgardt, der die obigen Kläger vor Gericht vertrat.

Sie können die Urteile auch unter [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) anfordern.

=====  
**TERMINE**

**10. Frankfurter Kolloquium "umwelt und gesundheit"** vom: 17.03.2006 – 19.03.2006 in Frankfurt, im Ökohaus, Kasseler str. 1a

das vollständige Programm und alle erforderlichen Informationen finden Sie unter: URI steht nicht mehr im Netz

10. Frankfurter Kolloquium Umwelt & Gesundheit  
Programm , u.a. :

Die Ergebnisse der PISA-Studien - auch eine Folge neurotoxisch-wirkender Umweltnoxen? Wolfgang Krug | (ehem. Schulleiter)  
Steht die Gesundheit der Kinder zur Disposition? Vom Umgang mit Schadstoffen in belasteten Schulen Dagmar v. Lojewski- Paschke  
Umweltgeschädigte Patienten in der Allgemein-Praxis. Dr. Peter German  
Chancen & Möglichkeiten für umweltkranke Patienten. Kurative Umweltmedizin anhand einer ausführlichen Falldarstellung " Dr. Frank Bartram  
Innenraumschadstoffe - Schäden im Immun- und Nervensystem Prof. Wolfgang Huber  
Umweltschadstoffe - Nachweise über Atemgasanalyse Prof. Holm Bleyer

\*\*\*

### **Internationaler Kongress 20 Jahre Leben mit Tschernobyl – Erfahrungen und Lehren für die Zukunft**

14.-17. September 2006, Feldkirch, Vorarlberg (Österreich)

Der Termin des Internationalen Kongresses in Feldkirch zu den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe muss verschoben werden.

Mehr ueber die (politischen) Hintergruende unter [tschernobyl2006@gmx.net](mailto:tschernobyl2006@gmx.net) oder [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org)

=====

### **VEROEFFENTLICHUNGEN**

**Whistleblowing – Beitrag der Mitarbeiter zur Risikokommunikation** ISBN 3-86593-036-0, Edition der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 159

Autor ist der Unterzeichner. Es handelt sich um den ersten Ratgeber für Betriebsräte (und Mitarbeiter) auf dem deutschen Markt und einen der ganz wenigen weltweit. Der Ansatz von RCC Risk Communication Concepts versucht die typischen Fallen des Whistleblowings zu vermeiden und für alle Beteiligten den bestmöglichen Nutzen aus wertvollen Risikohinweisen zu schaffen. RCC Risk Communication Concepts wurde 2004 von RA Rohde-Liebenau in Berlin gegründet und ist nun ab dem 02.01. 2006 in Hamburg tätig. Mehr unter [www.risk-communication.de](http://www.risk-communication.de)

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat unmittelbar vor Weihnachten, am 22.12., die dortige Whistleblower Policy verkündet, die am 01.01.2006 in Kraft tritt und sich dabei auf den für dieses Projekt von Transparency International empfohlenen Berater bezogen. Dabei handelt es sich wiederum um den Unterzeichner. Die dortigen Regeln hat das Government Accountability Project, das dort ebenfalls tätig wurde, als den gegenwärtigen „Gold Standard“ bezeichnet. Sie finden die Policy unter <http://www.un.org/>

=====

### **POLITIK - BEHOERDEN**

=====

### **BUNDESTAG**

10.02.2006 GRÜNE WOLLEN SOFORT STRENGERE GRENZWERTE BEI FLUGLÄRM

Berlin: (hib/SUK) Bündnis 90/Die Grünen fordern eine Verbesserung des Fluglärmsgesetzes. In einem Antrag (16/551) sprechen sie sich dafür aus, dass die strengeren Grenzwerte für den Neu- und Ausbau von Flughäfen umgehend gelten sollen und nicht erst ab 2010.

Diese Grenzwerte sollen in regelmäßigen Abständen, mindestens alle zehn Jahre, den "aktuellen Erkenntnissen der Lärmwirkungsforschung" angepasst werden. Zudem dürften Anwohner von militärischen Flugplätzen gegenüber denen von zivilen Flughäfen nicht schlechter gestellt werden.

Daher müsse auch den Anwohnern militärischer Flughäfen die Kosten für den Einbau von Schallschutzfenstern und für Belüftungsanlagen erstattet werden. Die Novellierung des Fluglärmgesetzes sei dringend erforderlich, da es "eindeutig veraltet" sei und hinter den Möglichkeiten der Lärmbekämpfung zurückbleibe.

Da der Fluglärm "Gesundheit, Ruhebedürfnis und Lebensqualität vieler Menschen" beeinträchtige, seien wirksame Regelungen zum Schutz der Anwohner in Flugplatznähe "dringend geboten".

\*

08.02.2006

Berlin: (hib/MIK) Für weitere wissenschaftliche Untersuchungen der gesundheitlichen Risiken durch Mobilfunkstrahlungen hat sich der Petitionsausschuss eingesetzt. Deshalb beschloss der am Mittwochvormittag einvernehmlich, die zugrunde liegende Petition einer Bürgerinitiative der Bundesregierung "als Material" zu überweisen.

In der Eingabe, zu dessen Inhalt 184 weitere Mehrfachpetitionen vorliegen, wird unter anderem gefordert, die bestehenden Grenzwerte für den Betrieb von Mobilfunkanlagen auf Vorsorgewerte von bis zu ein milliardstel der geltenden Werte zu senken.

Darüber hinaus sollten keine weiteren Mobilfunkanlagen bis zum Ersatz der gefährlichen, gepulsten Mikrowellenstrahlung durch eine umweltfreundlichere, nicht gepulste Technik errichtet werden, heißt es weiter.

Auch sollten keine Sendeanlagen in der Nähe von Wohngebieten, Schulen, Krankenhäusern, Kirchen, Kindergärten, Altenheimen, Wasserreservoirs und Wasserhochbehältern gebaut werden. Die Bürgerinitiative begründet ihr Anliegen damit, dass die in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden gesetzlichen Grenzwerte nur die thermischen Wirkungen der Mobilfunkstrahlung berücksichtigten, nicht jedoch die athermischen Wirkungen, die ohne merkliche Erwärmung "größte gesundheitliche Konsequenzen" für den menschlichen Körper beinhalten.

So würden einem Forschungsbericht zufolge Nervenzellen bei Bestrahlung mit gepulster Hochfrequenz weit unterhalb der Grenzwerte zu 60 Prozent falsch reagieren. Andere Forschungen zeigen laut der Eingabe, dass die Mobilfunkstrahlung die Blut-Hirn-Schranke öffne und es so vielen Giften erleichtere, in das Gehirn zu gelangen.

In den vom Ausschuss eingeholten Stellungnahmen führt die Regierung unter anderem aus, dass wissenschaftliche Studien bisher keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen Mobilfunkfeldern und gesundheitlichen Gefahren hätten bestätigen können.

Dies gelte sowohl für Mobilfunkfelder, die bei Nutzung eines Mobilfunktelefons auftreten, als auch für die um ein vielfaches niedrigeren Feldmissionen durch Basisstationen. Soweit auf in der Nähe von Mobilfunkanlagen verstärkt auftretende Krankheitssymptome hingewiesen wird, merkt die Regierung an, dass an der Entstehung und Entwicklung der aufgezählten Krankheiten oft mehrere und zudem sehr unterschiedlichen Faktoren beteiligt seien. Es sei aus wissenschaftlicher Sicht "schwer" nachvollziehbar, dass die vergleichsweise leistungsschwachen Mobilfunkanlagen als gemeinsamer Auslöser dieser Krankheitsbilder angesehen würden.

Darüber hinaus weist die Regierung daraufhin, dass mehr als 50 Forschungsvorhaben des Deutschen Mobilfunk-Forschungsprogramms begonnen beziehungsweise ausgeschrieben worden seien. Zurzeit lägen noch keine ausgewerteten Ergebnisse dieses Programms vor.

Isolierte Teil- und Zwischenergebnisse würden aber keinen Anlass zur Beunruhigung bieten. Mit den Ergebnissen könne erst Ende 2007 gerechnet werden. Deshalb hielt es der Ausschuss für wichtig, dass die Petition in die Beurteilung mit einbezogen werden solle, inwieweit nach den Ergebnissen des Deutschen Mobilfunk-Forschungsprogramms Handlungsbedarf bestehe.

Im Übrigen wurde das Petitionsverfahren abgeschlossen.

\*\*\*

26.01.2006

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit GABRIEL WILL UMWELTGESETZBUCH AUF DEN WEG BRINGEN

Berlin: (hib/SUK) Auf viel Unterstützung stieß Bundesminister Sigmar Gabriel (SPD), als er am Mittwochvormittag über die Perspektiven der Umweltpolitik der Bundesregierung in der 16.

Wahlperiode sprach.

Die Koalitionsfraktionen wie auch die Fraktion der Bündnisgrünen stimmten ihm in der Aussage zu, die Umweltpolitik müsse künftig in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden. Der Minister nannte drei große Ziele seiner künftigen Politik: die Schaffung eines Umweltgesetzbuches, den Abbau von Bürokratie sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umweltpolitik.

Sowohl Grüne als auch die Koalition sicherten Gabriel zu, diese Vorhaben zu unterstützen. Insbesondere das angestrebte Umweltgesetzbuch sei von immenser Bedeutung. Koalition und Bündnis 90/Grüne waren sich einig darin, dass dieses Ziel im Rahmen der geplanten Föderalismusreform erreicht werden müsse.

"Wenn wir das in dieser Legislatur nicht auf den Weg bringen, dann schaffen wir es nie", so die CDU/CSU. Die SPD betonte, es gehe nicht um die Föderalismusreform "im Großen und Ganzen", man müsse vielmehr "gezielt in kleinen Änderungsbereichen ansetzen", um Lösungen zu finden. Die Grünen kritisierten, die bisherigen Vorhaben zur Föderalismusreform seien "offensichtlich ohne einen Gedanken an den Schutz der Umwelt zusammengestrickt worden". Zudem ergäben sich daraus größere Schwierigkeiten bei der Umsetzung der EU-Richtlinien und in der Folge Rechtsunsicherheiten.

Auf Zustimmung stießen auch Gabriels Pläne, einen Energiepass einzuführen, eine Strategie zur biologischen Vielfalt vorzulegen und den Bereich der erneuerbaren Energien auszubauen. Im Bereich der Energiepolitik gebe es drei Ziele: Versorgungssicherung, Klimaschutz und Preisstabilität.

Zum Thema Atomausstieg sagte Gabriel, Deutschland könne "sich den Atomausstieg leisten", die Endlagersuche müsse fortgesetzt werden. Kritisch äußerten sich die Bündnisgrünen zu Gabriels Ausführungen zum Einsatz der Gentechnik.

Diese dürfe weder befördert noch verfolgt werden. Zudem sei es nicht richtig, wenn die Koalition immer wieder die Gegensätze zwischen dem Umweltschutz und den Interessen der Industrie betonten. Vielmehr eröffneten sich der Wirtschaft insbesondere im Bereich der Beschäftigung erhebliche Chancen durch den Umweltschutz.

\*\*\*

13.01.2006

#### Wirtschaft und Technologie/Unterrichtung UMSATZERLÖSE DER TELEKOMMUNIKATIONSBRANCHE UM 50 PROZENT GESTIEGEN

Berlin: (hib/VOM) Die Umsatzerlöse im Telekommunikationsmarkt sind seit Beginn der Liberalisierung im Jahr 1998 um 50 Prozent gestiegen - von 44,2 Milliarden Euro auf 66,8 Milliarden Euro im Jahr 2004. Davon haben alle Marktteilnehmer, auch diejenigen, die Marktanteile verloren haben, profitieren können, berichtet die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen in ihrem Tätigkeitsbericht 2004/2005, den die Bundesregierung zusammen mit einem Sondergutachten der Monopolkommission in einer Unterrichtung (16/300) vorgelegt hat. Auch der Anstieg der Umsatzerlöse um vier Prozent von 64,2 Milliarden Euro im Jahr 2003 auf 66,8 Milliarden Euro 2004 und um voraussichtlich 2,3 Prozent auf 68,3 Milliarden Euro 2005 sei im Vergleich zum allgemeinen Wachstum der deutschen Wirtschaft beachtlich.

Das Wachstum sei umso erstaunlicher, heißt es, da die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen im gleichen Zeitraum drastisch gefallen seien. Für Auslandsgespräche zu den zehn wichtigsten Zielländern müsse der Kunde heute im Vergleich zurzeit vor der Liberalisierung bis zu 97 Prozent weniger zahlen.

Entscheidend für diese Entwicklung seien die Verbreitung und Nutzung des Mobilfunks sowie die Nutzung des Internets und die Verbreitung breitbandiger Zugänge, so die Netzagentur. Während die Zahl der Festnetzkanäle mit 55,2 Millionen in den letzten Jahren nahezu unverändert geblieben sei, sei die Zahl der Mobilfunkkanäle auf rund 76 Millionen im Jahr 2005 gewachsen.

Das Festnetz habe durch die DSL-Technologie eine Renaissance erlebt und verfüge über einen noch nicht ausgeschöpften Wachstumsmotor. Ende 2005 habe es etwa 10,4 Millionen geschaltete DSL-Anschlüsse gegeben.

Allein im letzten Jahr sei ein Zuwachs von 3,6 Millionen Anschlüssen erreicht worden. Während 2004 noch 17 Prozent der Haushalte über einen DSL-Anschluss verfügten, seien es im vergangenen Jahr bereits 27 Prozent gewesen.

Grund dafür seien die stark gesunkenen Preise für die DSL-Flatrates und -Pakete sowie die erheblichen Marktanteilsgewinne der Telekom-Wettbewerber. Hätten die Wettbewerber vor drei Jahren nur neun Prozent der DSL-Anschlüsse bereitgestellt, so habe sich ihr Marktanteil bis Ende 2005 auf etwa 38 Prozent mehr als vervierfacht.

Der Marktanteil der Wettbewerber an den DSL-Direktanschlüssen sei dabei auf 28 Prozent gestiegen. 2004 hätten die Wettbewerber mit 3,1 Milliarden Euro mehr in den deutschen Markt und die Infrastruktur investiert als die Deutsche Telekom AG.

Diese habe ihre Investitionen von 6,3 Milliarden Euro 2001 auf 2,6 Milliarden Euro 2004 gesenkt. Im Gegensatz zu den USA und einigen europäischen Ländern ist Wettbewerb zwischen verschiedenen Netzen nur in Ansätzen vorhanden, berichtet die Netzagentur weiter.

Nur 240.000 Kunden hätten die Kabelnetzbetreiber für breitbandige Internetdienste bisher gewonnen. Gegenüber rund 10,4 Millionen DSL-Kunden sei dies ein "strategischer Rückstand", der kurzfristig

nicht aufholbar sei.

Die Lage auf dem Postmarkt habe sich seit 2003 kaum geändert, heißt es weiter. Er umfasse nach wie vor Umsätze von 32 Milliarden Euro. Im Paket-, Express- und Kuriermarkt gebe es funktionsfähigen Wettbewerb, während der Briefmarkt aufgrund der bis Ende 2007 gültigen Exklusivlizenz weiterhin von der Deutschen Post AG mit einem Marktanteil von 93 Prozent dominiert werde.

Die Umsätze der Wettbewerber seien von rund 390 Millionen Euro 2003 auf 700 Millionen Euro 2005 gestiegen, bewegten sich aber nach wie vor auf niedrigem Niveau.

\*\*\*

10.01.2006

Umwelt/Gesetzentwurf AUSWIRKUNGEN AUF DIE UMWELT "STRATEGISCH" PRÜFEN

Berlin: (hib/VOM) Die Bundesregierung will das Protokoll vom 21. Mai 2003 über die strategische Umweltprüfung zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (SEA-Protokoll) in deutsches Recht umsetzen.

Dazu hat sie einen Gesetzentwurf (16/341) vorgelegt. Durch das Protokoll werden die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, eine strategische Umweltprüfung vornehmen, wenn bestimmte staatliche Pläne und Programme zu grenzüberschreitenden Auswirkungen auf die Umwelt führen. Die Behörden und die Öffentlichkeit des eigenen Staates und anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten seien dabei zu beteiligen. Bis Ende 2003 hatten 36 europäische Staaten sowie die EU das Protokoll unterzeichnet. Dadurch soll sichergestellt werden, dass umweltbezogene, aber auch gesundheitsbezogene Erwägungen bei Plänen und Programmen umfassend berücksichtigt und klare und effektive Verfahren für die strategische Umweltprüfung geschaffen werden. Nach Angaben der Regierung wird das Protokoll nicht zu höheren Kosten für die Wirtschaft führen. Die Anforderungen betreffen nur behördliche Planungen und seien durch das geltende deutsche Recht sowie europäische Vorgaben bereits vorgeschrieben, heißt es.

---

## Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

08. Februar 2006

### Allergie-Prävention in einer sich wandelnden Umwelt

Umwelt- und Gesundheits-Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard wird zusammen mit Prof. Johannes Ring und Prof. Heidrun Behrendt sowie Prof. Erika von Mutius über die neuesten Erkenntnisse zur Allergieprävention berichten.

Nicht nur unsere Gene, sondern auch Umwelt und Lebensstil beeinflussen die Entstehung allergischer Erkrankungen. Dabei spielen Umwelteinflüsse eine immer wichtigere Rolle: Durch die Klimaänderung, aber auch Umweltschadstoffe verändern sich Pollen, wodurch wir einer neuartigen Belastung mit natürlichen Allergenen ausgesetzt werden. Eine wirksame Allergieprävention muss diesen veränderten Bedingungen Rechnung tragen.

Umwelt- und Gesundheits-Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard wird zusammen mit Prof. Johannes Ring, dem Leiter der Klinik für Dermatologie und Allergologie der TU München und Prof. Heidrun Behrendt, Leiterin des Zentrums Allergie und Umwelt sowie Prof. Erika von Mutius vom Hauerschen Kinderspital der LMU München über die neuesten Erkenntnisse zur Allergieprävention berichten:

Montag, 13. Februar 2006, 11.00 Uhr, Klinik für Dermatologie und Allergologie der TU München, ,  
Visitensaal, Gebäude 605, 1. OG., Biedersteiner Str. 29,  
80802 München.

Anschließend Bildtermin im benachbarten "Zentrum Allergie und Umwelt" mit Staatssekretär Bernhard und den Professoren. Dort kann unter anderem eine Klimakammer (hier werden Umwelteinflüsse simuliert) besichtigt werden.. Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

---

**BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung**

12.01.2006

### **Von Schweißdämpfen bis Faulgasen - Versteckte Risiken für Verbraucher Neue Broschüre bietet Überblick über Vergiftungsfälle im Jahr 2004**

Chemikalien und chemische Produkte spielen im beruflichen und privaten Alltag eine bedeutende Rolle. Manche Produkte bergen Risiken, von denen Verbraucher nichts ahnen. Um die Verbraucher besser vor „versteckten“ Risiken zu schützen, gibt es in Deutschland ein für viele Länder vorbildliches Warnsystem: Behandelnde Ärzte sind bereits bei einem begründeten Verdacht verpflichtet, die Vergiftungen an das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) zu melden. Nach sorgfältiger Auswertung legt das Institut nun die Daten für das Jahr 2004 vor. In diesem Jahr sind 5541 Meldungen zu Vergiftungen in der Dokumentations- und Bewertungsstelle des BfR eingegangen. Die meisten Fälle wurden von Berufsgenossenschaften gemeldet. 386 Meldungen (sieben Prozent) erreichten das BfR aus Kliniken und Praxen. Gemessen an der Zahl der Verbrauchieranfragen in den Giftinformationszentren kann vermutet werden, dass die tatsächliche Zahl der Vergiftungen deutlich höher liegt. Deshalb fordert das BfR Ärzte erneut auf, ihrer Meldepflicht stärker nachzukommen. Einen Überblick über die Vergiftungsfälle gibt die Broschüre „Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen 2004“. Wegen der großen Nachfrage erscheint die Broschüre nun erstmals auch in englischer Sprache.

Seit dem 1. August 1990 besteht nach § 16e des Chemikaliengesetzes eine ärztliche Meldepflicht für Vergiftungsfälle. Das BfR sammelt die Meldungen und wertet sie aus. Mit Ablauf des Jahres 2004 ist die Zahl der erfassten Fälle auf insgesamt 39.071 gestiegen. Wie in den Jahren zuvor machten im Berichtsjahr 2004 die Vergiftungen mit chemischen Produkten den größten Anteil der eingegangenen Meldungen aus. Mit deutlichem Abstand folgen die Fälle mit chemischen Grundsubstanzen. Beim BfR gingen außerdem zahlreiche Meldungen ein, die sich auf Lebens- und Arzneimittel beziehen - auch wenn diese nicht der Meldepflicht im Sinne des Chemikaliengesetzes unterliegen.

Von den Berufsgenossenschaften wurden fast ausschließlich Vergiftungen infolge von Arbeitsunfällen gemeldet (96 Prozent). Auch bei den Meldungen aus Praxis und Klinik dominieren mit 58 Prozent die Vergiftungsunfälle. Immerhin noch 25 Prozent der aus diesem Bereich eingegangenen Meldungen entfallen auf Vergiftungen, die sich bei bestimmungsgemäßer Anwendung von Chemikalien und Chemieprodukten ereignet haben. Beim überwiegenden Teil handelt es sich um akute Vergiftungen. Lediglich 16 Prozent der Meldungen aus dem Klinik- oder Praxisbereich beziehen sich auf chronische Vergiftungen durch Wirkungen über einen längeren Zeitraum.

Im Jahr 2004 führten die meisten Vergiftungen nur zu leichten Gesundheitsstörungen. Mäßige und schwere Fälle machten zusammen bei den Meldungen der Berufsgenossenschaften etwa sieben Prozent und bei den Fällen aus Klinik und Praxis rund 21 Prozent aus. Eine ähnliche Verteilung wurde auch in den Vorjahren beobachtet.

67 Prozent der aus Praxis und Klinik gemeldeten Vergiftungen heilten vollständig aus, bei 31 Prozent war der Ausgang unbekannt. Nur in neun Fällen kam es 2004 zu so genannten Defektheilungen oder es konnten Spätschäden nicht ausgeschlossen werden. Sieben Menschen starben an einer Vergiftung.

Die Erfassung und Auswertung der gemeldeten Vergiftungen schafft eine wichtige Grundlage für die realistische Einschätzung der Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch Chemikalien. Mit den jährlichen Berichten über die ärztlichen Mitteilungen informiert das BfR regelmäßig über die aktuelle Vergiftungssituation in Deutschland. Auch die Hersteller und Vertrieber erhalten vom BfR Hinweise zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch ihre Produkte. Im Entwurf für das neue EU-Chemikalienrecht REACH ist die Überwachung unerwünschter Produktwirkungen nicht vorgesehen. Dies hat das BfR mehrfach als eine wesentliche Lücke beim Verbraucherschutz kritisiert.

Zu den konkreten Fällen, die das BfR in seinem neuen Bericht beschreibt, gehören einmal mehr Unfälle mit paraffinhaltigen Lampenölen und flüssigen Grillanzündern. Im Berichtsjahr 2004 ereigneten sich erneut zwei tragische Todesfälle im Zusammenhang mit diesen Produkten. Auch gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Toner werden beschrieben. Zwei andere Fallbeispiele berichten über Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Dämpfe beim Kunststoffschweißen und Schweißen von Stahl. Mit weiteren Schilderungen von Arbeitsunfällen in Abwasserauffanggruben, von Augenverletzungen durch Leuchtstäbchen, allergischen Reaktionen nach einer Henna-Tätowierung, Vergiftungen durch Giftpflanzen und einem Schlangenbiss informiert die Broschüre über ein großes Spektrum von Risiken, denen Verbraucher in Deutschland ausgesetzt sind.

Die Broschüre „Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen“ enthält eine Übersicht über alle gemeldeten Vergiftungen 2004 und ein Adressenregister der Giftdatenzentren. Sie ist kostenlos erhältlich und kann schriftlich, per Mail oder Fax, beim BfR angefordert werden. Auch ein Download von der Homepage des Instituts [www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de) ist möglich. Dort finden Sie unter dem Menüpunkt „Publikationen/Broschüren und Faltblätter“ alle Jahresberichte der Dokumentationsstelle seit 1995.

Dokumente: Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen 2004 (Informationsbroschüre des BfR vom 12.01.2006) (PDF-Datei, 1213.4 KB)

=====  
**RKI - Robert Koch Institut**

07.02.2006

**Gesundheit von Frauen und Männern im mittleren Lebensalter – Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung erschienen**

Frauen und Männer leiden unterschiedlich häufig und in unterschiedlicher Art und Weise an Krankheiten und Gesundheitsstörungen, die bei beiden Geschlechtern vorkommen. Ihr Versorgungsbedarf unterscheidet sich ebenso wie ihre Inanspruchnahme von Prävention und Früherkennung. Beeinflusst sind ihr Gesundheitszustand und ihr Gesundheitsverhalten von geschlechtsspezifischen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Im Alter zwischen 30 und 65 Jahren ist die Sterblichkeit bei Männern doppelt so hoch wie bei Frauen, vor allem bedingt durch Unfälle, Suizide, Kreislauferkrankungen und Krankheiten der Verdauungsorgane. Hierin spiegeln sich die höhere Risikobereitschaft von Männern im Umgang mit ihrer Gesundheit und die riskanteren Arbeitsbedingungen wider. Die generelle Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands unterscheidet sich zwar nicht bei Frauen und Männern, Frauen geben aber mehr Beschwerden an als Männer. Während bei Frauen eher die psychische Gesundheit beeinträchtigt ist und sie häufiger unter Schmerzen leiden, sind Männer stärker von Verletzungen betroffen. Ein Drittel der Männer und ein Sechstel der Frauen trinken mehr Alkohol, als gesundheitlich tolerabel ist. Krebsfrüherkennungsuntersuchungen nutzen die Hälfte der Frauen, aber nur ein Fünftel der Männer.

In dem neuen Schwerpunktbericht „Gesundheit von Frauen und Männern im mittleren Lebensalter“ werden die gesundheitlichen Profile von Frauen und Männern vergleichend dargestellt und die jeweiligen Lebensbedingungen in die Analysen einbezogen. Die Autorinnen behandeln in sieben Kapiteln die soziodemographische Lage, die gesundheitliche Lage, gesundheitsbeeinflussende Lebensweisen und Bedingungen, bedeutende Gesundheitsprobleme und die Inanspruchnahme gesundheitlicher Versorgung vergleichend bei Frauen und Männern. In einem weiteren Kapitel stellen sie die wichtigsten Erklärungsansätze für die Gesundheitsunterschiede vor und gehen besonders auf die geschlechtsspezifischen Erfahrungen mit dem Gesundheitssystem ein. Damit leistet der Schwerpunktbericht einen Beitrag für die Planung geschlechtergerechter Versorgungsangebote.

Das Robert Koch-Institut, das die Gesundheitsberichterstattung des Bundes in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt durchführt, veröffentlicht seit Anfang 2001 regelmäßig GBE-Themenhefte, -Beiträge und Schwerpunktberichte. Neben der Information über Gesundheit und Krankheit ist die Analyse und Identifikation von Handlungsbedarf ein besonderer Schwerpunkt dieser Reihe.

Der Schwerpunktbericht ist auf der Internetseite des Robert Koch-Instituts abrufbar und kann kostenlos schriftlich angefordert werden:

Robert Koch-Institut, Gesundheitsberichterstattung, Seestraße 10, 13353 Berlin, E-Mail [gbe@rki.de](mailto:gbe@rki.de) ; Fax: 01888 – 754-3513.

Weitere Informationen: [www.rki.de](http://www.rki.de) > Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie

=====

## UBA - UMWELTBUNDESAMT

Dessau, den 08.02.06

### **Auf einen Klick: Dicke Luft in Deutschland – aber wo?**

Überarbeitete Internet-Seite erleichtert die Informationssuche über die aktuelle Luftbelastung in Deutschland

<http://www.env-it.de/luftdaten/start.fwd> – das ist die Internet-Adresse, unter der sich Interessierte seit einiger Zeit über die deutschlandweite Belastung der Luft mit Feinstaub, Ozon, Kohlenmonoxid, Stickstoff- und Schwefeldioxid informieren können. Nun hat das Umweltbundesamt (UBA) das Angebot überarbeitet. Ein neuer Aufbau und ein überarbeitetes Layout erleichtern die Suche nach Informationen. Und Hintergrund-Dokumente bieten zusätzliche Erklärungen. Neben den aktuellen Messergebnissen klärt das UBA auch über Schadstoffgrenzwerte und gesetzliche Regelungen auf.

Neu ist auch ein Lexikon, das kurz und verständlich Begriffe von A – wie Alarmschwelle – bis Z – wie Zielwert – erläutert. Besonders benutzerfreundlich: Interessierte verfügen jetzt in den Überschreitungstabellen für Feinstaub und Ozon über eine Sortierfunktion. Sie können sich Daten so nach der Zahl der Überschreitungstage oder nach Überschreitungen in einem bestimmten Messnetz aufgeschlüsselt ausgeben lassen.

Die deutschlandweiten Karten erscheinen ebenfalls in neuem Gewand – mit Farbklassen, die sich besser als bisher unterscheiden. Weiterführende Informationen zur Beurteilung der Luftqualität, zu Luftreinhalte- und Aktionsplänen und Links zu themenverwandten Seiten runden den Internetauftritt ab.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-008.htm>  
<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-008.pdf>

\*\*\*

Dessau, den 23.01.06

### **„REACH anpacken!“ – Neues Chemikalienrecht sicher anwenden**

Konferenz des Umweltbundesamtes unterstützt kleine und mittlere Unternehmen bei Umsetzung in die Praxis

„REACH in der Praxis – Information und Dialog zur Umsetzung“. Unter diesem Titel lädt das Umweltbundesamt (UBA) am 2. März 2006 zu einer Konferenz in Berlin ein. Sie soll kleinen und mittleren Unternehmen helfen, das reformierte Europäische Chemikalienrecht (REACH) umzusetzen. Die Berliner Konferenz ist Auftakt der Veranstaltungsreihe „REACH anpacken!“, die das UBA in diesem Jahr initiiert. Die insgesamt drei Veranstaltungen, die bis zum Herbst 2006 stattfinden, sollen dazu beitragen, Unternehmen, Behörden und andere Akteure im Bereich REACH besser zu vernetzen.

Der EU-Wettbewerbsrat hat sich im Dezember 2005 auf Eckpunkte zur Neuregelung des EU-Chemikalienrechtes geeinigt: Die Registrierung, Evaluierung (Bewertung) und Autorisierung (Zulassung) von Chemikalien (REACH) könnte – geht alles nach Plan – schon 2007 Realität sein. Für viele Unternehmen rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie REACH in der Praxis umzusetzen ist. Das UBA, als eine für Chemikaliensicherheit zuständige Behörde, möchte diesen Prozess in einer Veranstaltungsreihe mit Unternehmen, die Chemikalien zur Herstellung ihrer Produkte anwenden, gemeinsam gestalten.

Die Auftaktkonferenz „REACH in der Praxis – Information und Dialog zur Umsetzung“ informiert Unternehmen am 2. März 2006 über wesentliche Elemente von REACH: Wie funktionieren Registrierung, Evaluierung und Zulassung von Stoffen? Welche Stoffdaten haben Unternehmen beizubringen? Was ist zu beachten, um die Risiken eines Stoffes festzustellen? Folgeveranstaltungen werden den Dialogprozess zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft weiter vertiefen. Das UBA bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an, die Inhalte dieser Konferenzen selber mitzugestalten: Fragen, Wünsche und Anregungen der Akteure wird das UBA auswerten und als Grundlage der weiteren Veranstaltungen heranziehen.

Eine vorherige Anmeldung für die Veranstaltung in Berlin ist erforderlich unter [www.reach-](http://www.reach-)

konferenz.de. Dort finden Interessierte weitere Informationen zu Inhalt und Ablauf der Veranstaltung. Die Tagungsgebühr beträgt 50 Euro. Weitere Informationen des UBA zur Reform des Europäischen Chemikalienrechts REACH gibt es unter [www.reach-info.de](http://www.reach-info.de).

=====

Ende des newsletter/d/95

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) ,  
web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt